



Tierhaltung: Die Bibeli-Maschine
Seite 12



Prominente zelebrieren den Zungenkuss im öffentlichen Raum. Muss das sein?

Magazin

Wie Flüchtling Dominic Lobalu im Toggenburg zum Weltklasseläufer wurde

Seite 46

4. September 2022 | Nr. 36 | Fr. 6.80 | € 6.80

NZZ am Sonntag

Strompreisschock: Erster Grosskonzern beantragt Kurzarbeit

Stahl Gerlafingen droht wegen explodierender Energiekosten den Stillstand. Die Firma fordert eine Deckelung des Strompreises.
Ladina Triaca, Andrea Kučera, Jürg Meier, Alain Zucker, Daniel Friedli

Stahl Gerlafingen gehört zu den grössten Schweizer Energieverbrauchern. Der jährliche Strombedarf würde für 70 000 Haushalte reichen. Doch wegen der rasant steigenden Preise könnten die Schmelzöfen diesen Winter kalt bleiben. Allein für den Oktober verschlingt die Stromrechnung 45 Millionen Franken, so viel wie sonst der Jahresverbrauch. «Die hohen Energiepreise bedrohen unsere Existenz», sagt Firmenchef Alain Creteur. Das grösste Werk für Recyclingstahl der Schweiz hat deshalb für Ok-

tober bis Dezember vorsorglich Kurzarbeit angemeldet. Zudem schlägt die Stahl Gerlafingen eine Deckelung des Strompreises für Industrie und Gewerbe vor.

Ein Preisdeckel lasse sich nur schwer umsetzen, heisst es allerdings bei der Strommarktaufsicht ElCom. Ein Grossteil der Lieferanten beschaffe die Energie ebenfalls auf dem Markt. Wenn die Versorger den Strom nun verbilligt weitergeben müssten, fehle ihnen Geld in der Kasse. «Sie müssen dann die Differenz zu den Beschaffungskosten selber tragen oder für diese kompensiert werden», so eine Sprecherin.

Um sich für die drohende Strommangellage zu wappnen, gibt es demnächst einen landesweiten Stresstest. «Ende September üben wir mit allen Verteilernetzbetreibern die Kontingentierung», bestätigt Lukas Küng, Chef der Organisation für Stromver-

sorgung in Ausserordentlichen Lagen. «Wir möchten zeigen, dass es jetzt ernst ist», sagt Küng.

Der frühere SP-Präsident Peter Bodenmann sieht die Lösung für die Schweizer Strommisere in den Bergen. «Was gibt es Besseres, als sofort in alpine Solaranlagen zu investieren?», sagt Bodenmann im Interview. In Grenchols im Wallis plant er die grösste alpine Solaranlage des Landes. Schon nächstes Jahr könnte sie ans Netz gehen.

Mehr zum Thema

- ▶ Stahlwerk Gerlafingen in Not, Stresstest geplant **Seite 9**
- ▶ Peter Bodenmann, der neue Walliser Sonnenkönig **Seite 18**
- ▶ Bergkantone wollen Wasserkraftwerke kaufen **Seite 27**

Banken knebeln Kunden mit Wechselgebühren

Die Banken verlangen immer höhere Gebühren, in 20 Jahren haben sie sich verdoppelt. Das ruft jetzt den Preisüberwacher Stefan Meierhans auf den Plan. In einer neuen Untersuchung geht er davon aus, dass manche der Gebühren die Vorschriften gegen den unlauteren Wettbewerb verletzen. Dies betreffe etwa die Wechselgebühren bei einem Transfer des Depots. Das zuständige Bundesamt solle daher einen Pilotprozess gegen diese Praxis

einleiten. Für eine generelle Senkung der Bankgebühren spricht laut Meierhans auch das baldige Ende der Negativzinsen. Bisher hatten die Banken ihre Preissteigerungen mit der schrumpfenden Zinsmarge begründet. Dieses Argument falle jetzt aber weg, sagt der Preisüberwacher: «Konsequenterweise müssen sie ihre Gebühren nun reduzieren.» (sal.)

Seite 25
Kommentar Seite 17



Aus dem Geschlecht soll etwas so Nebensächliches gemacht werden wie die Farbe des Nagellacks.

Philosophin **Sara Rukaj** über den Kult um fluide Geschlechter von Genderaktivisten. **Seite 59**

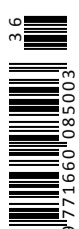


Mani Matter lebt

Seine Lieder prägen die Schweizer Volksseele. 50 Jahre nach seinem Tod ist der Chansonnier präsent wie nie. Ein Gespräch mit Stephan Eicher und Franz Hohler über einen ganz Grossen. **Magazin**

BE THE GAME CHANGER
CUPRA FORMENTOR

MEHR AUF SEITE 7



Stahlwerk vor dem Stillstand

Bei Stahl Gerlafingen explodieren die Energiepreise. Nun hat die Firma Kurzarbeit angemeldet

Ladina Triaca

Das Stahlwerk in Gerlafingen produziert Stahl, viel Stahl. Jeden Tag sind es 2600 Tonnen für den Bau von Häusern, Brücken und Tunnels. Nur die Nerven des Firmenchefts, die sind gerade nicht aus Stahl. «Ich schlafe nicht gut», sagt Alain Creteur. Der Grund für seine Sorgen: die seit Kriegsbeginn stark steigenden Energiepreise. Die Firma Stahl Gerlafingen hat ausgerechnet, dass sie im kommenden Oktober rund 45 Millionen Franken für Energie zahlen muss - mehr als sonst in einem ganzen Jahr.

Die Kosten sind so hoch, weil die Produktion von Stahl enorm energieintensiv ist. Im Schmelzofen im solothurnischen Gerlafingen wird Schrott bei bis zu 1500 Grad geschmolzen. Daraus entstehen sogenannte Vorprodukte, die später zu Stahlstangen, Stahldraht oder Stahlgitter gewalzt werden. Die Firma braucht dafür jährlich rund 360 Gigawattstunden Strom. Das entspricht dem Verbrauch von rund 70 000 Haushalten, also etwa der Stadt Bern. Und das ist nicht alles: Auch Gas braucht die Firma, vor allem fürs Walzen. Rund 450 Gigawattstunden sind es pro Jahr, was etwa dem Verbrauch von 16 000 gasbeheizten Einfamilienhäusern entspricht.

«Die hohen Energiepreise bedrohen unsere Existenz», sagt der italienisch-belgische CEO Alain Creteur. Das Stahlwerk könne die Kosten zwar auf die Produkte abwälzen, aber dann seien diese für die Bauindustrie kaum mehr bezahlbar. Creteur fürchtet, dass die Baufirmen stattdessen günstigeren Stahl aus Italien, Spanien oder Frankreich importieren, wo die Stahlfirmen staatlich unterstützt werden. «Das ist ein riesiger Wettbewerbsnachteil für uns», klagt er.

Creteur kann sich vorstellen, dass das Stahlwerk, das zur italienischen Beltrame Group gehört, die Produktion in den nächsten Monaten herunterfahren muss. Die Firma hat beim Kanton deshalb vorsorglich Kurzarbeit für die Monate Oktober bis Dezember angemeldet und laut eigenen Angaben bewilligt erhalten. Ob die Firma die Angestellten nach Hause schickt, ist laut Creteur noch unklar. «Es kann sein, dass niemand in Kurzarbeit muss. Es kann aber auch sein, dass wir einen Teil der Belegschaft oder alle 560 Mitarbeitenden nach Hause schicken müssen.»



Das Stahlwerk in Gerlafingen ist eines der beiden letzten verbliebenen Stahlwerke der Schweiz. (Gerlafingen, 14. November 2008)

Bundesrat Guy Parmelin hat diese Woche vor den Medien erneut betont, dass das Instrument der Kurzarbeit den Unternehmen zur Verfügung stehe. Die Angestellten erhalten während dieser Zeit über die Arbeitslosenkasse weiterhin 80 Prozent ihres Lohnes. So sollen Entlassungen verhindert werden.

Anfragen für Kurzarbeit

Wie eine Umfrage bei den Kantonen zeigt, gehört Stahl Gerlafingen zu den ersten Firmen, die wegen der hohen Energiepreise Kurzarbeit angemeldet haben. In manchen Kantonen haben sich

einige Firmen danach erkundigt. So heisst es aus Solothurn, dass in letzter Zeit vermehrt Anfragen zur Kurzarbeitsentschädigung in Zusammenhang mit einer möglichen Energiemangellage eingingen. Zu «einzelnen Anfragen und möglichen Gesuchen», wie jenem der Stahl Gerlafingen, erteile man keine Auskunft. Einige Kantone weisen darauf hin, dass Gesuche im Zusammenhang mit Lieferschwierigkeiten wegen des Ukraine-Krieges eingegangen seien.

Die Frage ist: Wie geht es nun weiter? Werden zahlreiche Unternehmen - wie während der

Corona-Krise - Kurzarbeit beantragen müssen? Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) schreibt auf Anfrage, es habe bis Ende Juli keine Anzeichen für eine starke Beanspruchung von Kurzarbeit im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gegeben. Eine Prognose für die Zukunft macht das Seco nicht.

Anders der Direktor des Gewerbeverbandes Hans-Ulrich Bigler. Er sagt: «Viele Firmen berichten uns, dass sie die hohe Energiegerechnung bald nicht mehr bezahlen können. Für sie ist Kurzarbeit ganz klar ein Thema.» Infrage komme das Instrument



Firmenchef Alain Creteur.

Das Stahlwerk rechnet mit Energiekosten von 45 Millionen Franken im Monat.

für energieintensive Branchen wie die Gastronomie, die Hotellerie, Druckereien oder die Metall- und Maschinenindustrie.

Frank Ruepp, der Präsident der Interessengemeinschaft der energieintensiven Branchen, kann sich Kurzarbeit für manche Firmen ebenfalls vorstellen. Er weist jedoch darauf hin, dass nicht alle gleichermassen von den stark steigenden Energiepreisen betroffen seien: Jene Firmen, die langfristige Stromverträge mit Vollversorgung zu einem Fixpreis abgeschlossen hätten, stünden heute besser da als jene, die in den letzten Jahren günstige Energie auf dem freien Markt eingekauft hätten und jetzt die volle Preissteigerung tragen müssten.

Hilferuf an den Bundesrat

Die Stahl Gerlafingen bezieht ihren Strom auf dem freien Markt. Der Verbleib in der sogenannten Grundversorgung wäre der Firma nach eigenen Angaben zu teuer gewesen. Mögliche Energiesparmassnahmen seien getroffen worden. Um die Produktion aufrechtzuerhalten, bittet das Stahlwerk nun aber den Staat um Hilfe, die über Kurzarbeit hinausgeht. Die Firmenleitung hat diese Woche einen Brief an Wirtschaftsminister Guy Parmelin, Energieministerin Simonetta Sommaruga und Bundesparlamentarier geschrieben. Es ist ein Hilfeschrei.

Konkret schlägt die Stahl Gerlafingen eine Deckelung des Strompreises für die Industrie und das Gewerbe vor - zeitlich befristet vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2023. «Damit erhalten die Unternehmen Planungssicherheit und sind nicht gezwungen, die Produktion einzustellen und die Belegschaft in Kurzarbeit zu schicken.»

Zudem ist Stahl Gerlafingen bereit, die Produktion herunterzufahren oder ganz einzustellen, wenn in der Schweiz eine Mangelware droht. «Natürlich gegen eine Entschädigung», sagt Alain Creteur. Er hält das Stahlwerk für systemrelevant. Ginge es vom Netz, würde zwar Strom gespart. Es hiesse aber auch: Die Hälfte der Schweizer Stahlproduktion wäre auf einen Schlag stillgelegt.

Stromkrise: In wenigen Wochen kommt der Stresstest



Unklare Aussichten: Strommast in Niedergösgen.

Strom-Kontingentierung: Ende September üben die Netzbetreiber im Hinblick auf den Winter den Ernstfall.

Andrea Kučera

Kommt es hart auf hart, drohen im Winter Kontingentierungen: Stromgrossverbraucher würden dann verpflichtet, während einer bestimmten Zeitspanne ihren Verbrauch um 10 bis 15 Prozent zu drosseln. Wie viel Strom die Firmen einsparen müssten, hängt von der Schwere der Strommangellage ab und würde vom Bundesrat verfügt.

Damit die Kontingentierung im Ernstfall klappt, kommt es demnächst zum landesweiten Stresstest. Lukas Küng, Chef der Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen (Ostral), bestätigt entsprechende Recherchen: «Im Hinblick auf eine mögliche Strommangellage üben wir Ende September mit allen Verteilnetzbetreibern die Kontingentierung.» Wann genau

die Übung stattfindet, bleibt geheim. Konkret erhalten in wenigen Wochen rund 600 Stromnetzbetreiber - von der Licht- und Wasserwerk Adelboden AG bis zum EWZ in Zürich - den Auftrag, für ihre Grosskunden ein fiktives Stromkontingent zu errechnen. Im Ernstfall müssten sie anschliessend die Kunden brieflich über das ihnen zustehende Kontingent informieren. Für den Stresstest reicht es, wenn sie die Schreiben an eine zentrale Stelle schicken. Nur in der Stadt Zürich geht man einen Schritt weiter: Dort erhalten einzelne vorinformierte Grosskunden das Testschreiben tatsächlich zugestellt.

«Wir möchten zeigen, dass es jetzt ernst ist», erklärt Ostral-Chef Küng die Notwendigkeit der Übung. Der Stresstest soll die Einsatzbereitschaft erhöhen und dazu dienen, Abläufe zu prüfen. «Danach schauen wir, wo es noch Verbesserungen braucht.»

Noch ist unklar, ob die Kontingentierungen im kommenden Winter tatsächlich notwendig

werden. Fest steht, dass die Schweiz in der kalten Jahreszeit auf Importe angewiesen ist. Weil aber viele französische AKW in Revision sind, rechnen Experten damit, dass die Schweiz diesen Winter kaum Strom aus Frankreich wird kaufen können. Auch der Import aus Deutschland ist unsicher, da Deutschland einen Teil des Stroms aus Gas gewinnt und Russland die Gaslieferungen nach Westeuropa stark gedrosselt hat. Kommt hinzu, dass die Schweizer Speicherseen nach dem trockenen ersten Halbjahr schlecht gefüllt sind.

Aufgrund dieser düsteren Aussichten hat der Bundesrat am Mittwoch eine Sparkampagne lanciert. Reichen die freiwilligen Appelle nicht, kommt es zu obligatorischen Verbrauchseinschränkungen. Erst wenn auch dies nicht genügt, droht die Kontingentierung. Betroffen wären alle Bezüger, die mehr als 100 000 kWh Strom pro Jahr verbrauchen. In der Schweiz sind dies über 30 000 Firmen.